



- Lesefassung -

Satzung

**über die Erhebung von Gebühren für die Wasserversorgung
des Zweckverbandes Wismar (ZvWis)
- Gebührensatzung Wasser (GS-W) -
vom 03.03.2010
in der Fassung der 7. Änderungssatzung (7. ÄGS-W) vom 22.02.2017**

Aufgrund

- der §§ 15, 150, 154 i.V.m. § 5 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.07.2011 (GVOBl. M-V 2011, S. 777),
- des § 6 i.V.m. §§ 1 II und 2 I des Kommunalabgabengesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern (KAG M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12.04.2005 (GVOBl. M-V 2005, S. 146), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.07.2016 (GVOBl. M-V 2016, S. 584) und
- des Wassergesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern (LWaG M-V) vom 30.11.1992 (GVOBl. M-V 1992, S. 669), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 27.05.2016 (GVOBl. M-V 2016, S. 431, 432)

wird nach Beschlussfassung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Wismar vom 22.02.2017 folgende 7. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung Wasser erlassen:



Inhaltsverzeichnis

- § 1 Benutzungsgebühren
- § 2 Gebührenmaßstab
- § 3 Gebührensätze
- § 4 Entstehung und Beendigung der Gebührenpflicht
- § 5 Gebührenschuldner
- § 6 Erhebungszeitraum, Entstehung der Gebührenschuld, öffentliche Last, Festsetzung, Fälligkeit und Abschläge
- § 7 Gebühren und Kostenerstattung für sonstige Leistungen
- § 8 Anzeige- und Auskunftspflicht
- § 9 Straf- und Bußgeldvorschriften
- § 10 Inkrafttreten

**§ 1****Benutzungsgebühren**

- (1) Der Zweckverband Wismar (im Folgenden: ZvWis) erhebt nach Maßgabe dieser Satzung Benutzungsgebühren für die Inanspruchnahme seiner öffentlichen Wasserversorgungseinrichtung.
- (2) Die Benutzungsgebühren werden erhoben als
- a) Grundgebühr
 - und
 - b) Zusatzgebühr.

§ 1a**Gebührensätze für die Erhebungszeiträume vom 01.01.2004 bis 31.12.2005**

- (1) Abweichend vom § 2 gelten in den Erhebungszeiträumen vom 01.01.2004 bis 31.12.2005 für die Benutzungsgebühren folgende Gebührensätze:
- a) Der Gebührensatz für die Grundgebühr nach § 1 Abs. 1 beträgt:

Netto: 30,68 Euro
Brutto: 32,83 Euro

pro Wohneinheit und Jahr.
 - b) Die Gebührensätze für die Grundgebühr nach § 2 Abs. 3 betragen:

Nennleistung des Wasserzählers				Grundgebühr - Euro/Jahr -	
- Qn -				Netto	Brutto
bis	2,5			30,68	32,83 (inkl. 7 % MwSt.)
ab	5,0	bis	< 10,0	122,71	131,30 (inkl. 7 % MwSt.)
ab	10,0	bis	< 25,0	184,07	196,95 (inkl. 7 % MwSt.)
ab	25,0	bis	< 40,0	386,13	413,16 (inkl. 7 % MwSt.)
ab	40,0	bis	< 60,0	536,57	558,03 (inkl. 7 % MwSt.)
ab	60,0			828,29	886,27 (inkl. 7 % MwSt.)

- c) Der Gebührensatz für die Zusatzgebühr beträgt

Netto: 1,35 Euro
Brutto: 1,44 Euro

je Kubikmeter Trinkwasser.



- (2) Im Übrigen gelten die sonstigen Satzungsregelungen auch für die Erhebungszeiträume vom 01.01.2004 bis 31.12.2005.

§ 2

Gebührenmaßstab

- (1) Gebührenmaßstab für die Grundgebühr ist grundsätzlich die Anzahl der Wohneinheiten auf dem Grundstück. Als eine Wohneinheit gelten:
- jede Wohnung, unabhängig von ihrer Größe,
 - jeder Bungalow, jedes Boots- oder Ferienhaus,
 - bei gewerblichen Beherbergungsbetrieben und anderen Einrichtungen, die in vergleichbarer Weise Betten vorhalten, wie z. B. Sanatorien oder Krankenhäuser, je angefangene 4 Betten,
 - je 4 Stellplätze auf Campingplätzen bzw. 4 Liegeplätze in Sportboothäfen.

Wohnung im Sinne dieser Satzung ist jeder überwiegend zu Wohnzwecken (auch zur Feriennutzung) dienende umschlossene Raum oder jede zu Wohnzwecken (bzw. Feriennutzung) dienende Einheit von umschlossenen Räumen, die von anderen Wohnungen und fremden Räumen baulich abgeschlossen ist und über einen eigenen Zugang unmittelbar vom Freien, von einem Treppenraum, Flur oder anderem Vorraum verfügt. Bei Wohngebäuden mit nicht mehr als zwei Wohnungen bedarf es der baulichen Abgeschlossenheit und der besonderen Zugangsmöglichkeit nicht.

- (2) Sind auf einem Grundstück neben einer oder mehreren Wohneinheiten nach Abs. 1 sonstige gewerbliche Nutzungseinheiten vorhanden, gelten diese jeweils als eine Wohneinheit gemäß Abs. 1, Satz 1.
- (3) Ist aufgrund der vorhandenen Grundstücksnutzung eine Einstufung nach Abs. 1 oder 2 nicht möglich (insbesondere bei ausschließlich gewerblicher Nutzung oder bei öffentlichen Gebäuden), wird die Grundgebühr nach der Nennleistung (Q_n) der Wassermesseinrichtung (Wasserzähler) berechnet.
- (4) Gebührenmaßstab für die Zusatzgebühr ist die Menge des aus der öffentlichen Wasserversorgungseinrichtung entnommenen Wassers. Die entnommene Wassermenge wird grundsätzlich durch geeichte Wasserzähler des ZvWis bestimmt. Die entnommene Wassermenge ist durch den ZvWis unter Zugrundelegung der durchschnittlichen Entnahmemenge vergleichbarer Gebührenschuldner zu schätzen, wenn
- ein Wasserzähler nicht vorhanden ist oder
 - der Zutritt zum Wasserzähler oder dessen Ablesung nicht ermöglicht wird oder
 - konkrete Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass der Wasserzähler den wirklichen Wasserverbrauch nicht gemessen hat.

Erhält der ZvWis keinen Zugang zur Messeinrichtung oder wird die an den Gebührenschuldner nach § 5 Abs. 1 übersandte Anfrage zur Selbstauskunft (Ablesekarte) nicht innerhalb einer Frist von zwei Wochen an den ZvWis zurückgesandt, so kann der ZvWis den Verbrauch aus dem Durchschnittsverbrauch des vorhergehenden Ablesezeitraumes durch Schätzung ermitteln; die tatsächlichen Verhältnisse sind angemessen zu berücksichtigen.



- (5) Beanstandet der Gebührenschuldner die mit dem Wasserzähler gemessene Entnahmemenge, so wird bei einem möglichen Fehler der Messeinrichtung über eine Toleranzgröße von 10 % hinaus ein Überprüfungsgutachten in Auftrag gegeben. Ergibt das Gutachten die Fehlerhaftigkeit der Messeinrichtung, so wird der Verbrauch gemäß Abs. 2 geschätzt. Die Kostentragung für das Gutachten ergibt sich aus der Wasserversorgungssatzung des ZvWis.

§ 3 Gebührensätze

- (1) Der Gebührensatz für die Grundgebühr nach § 2 Abs. 1 ab 01.01.2006 beträgt:

Netto: 40,00 EUR
Brutto: 42,80 EUR (inkl. 7 % USt.)

pro Wohneinheit und Jahr.

- (2) Die Gebührensätze für die Grundgebühr nach § 2 Abs. 3 ab 01.01.2006 betragen:

Nennleistung des Wasserzählers				Grundgebühr - Euro/Jahr -	
- Q _n -				Netto	Brutto
bis	2,5			40,00	42,80 (inkl. 7 % MwSt.)
ab	5,0	bis	< 10,0	122,71	131,30 (inkl. 7 % MwSt.)
ab	10,0	bis	< 25,0	184,07	196,95 (inkl. 7 % MwSt.)
ab	25,0	bis	< 40,0	386,13	413,16 (inkl. 7 % MwSt.)
ab	40,0	bis	< 60,0	536,57	558,03 (inkl. 7 % MwSt.)
ab	60,0			828,29	886,27 (inkl. 7 % MwSt.)

- (3) Der Gebührensatz für die Zusatzgebühr nach § 2 Abs. 4 beträgt:

vom 01.01.2006 – 31.12.2010

Netto: 1,35 EUR
Brutto: 1,44 EUR (inkl. 7 % USt.)

vom 01.01.2011

Netto: 1,20 EUR
Brutto: 1,28 EUR (inkl. 7 % USt.)

je Kubikmeter Trinkwasser.



§ 3a
Gebührensätze
(Gebührensätze ab 01.01.2012)

- (1) Der Gebührensatz für die Grundgebühr nach § 2 Absatz 1 beträgt ab 01.01.2012:

Netto: 5,00 EUR
Brutto: 5,35 EUR (inkl. 7 % USt.)

pro Wohneinheit und **Monat**.

- (2) Die Gebührensätze für die Grundgebühr nach § 2 Abs. 3 betragen ab 01.01.2012:

Nennleistung der Wassermesseinrichtung				Grundgebühr - Euro/Monat -	
- Qn in m ³ /h -				Netto	Brutto
bis	2,5			5,00	5,35 (inkl. 7 % MwSt.)
ab	5,0	bis	< 10,0	15,34	16,41 (inkl. 7 % MwSt.)
ab	10,0	bis	< 25,0	23,01	24,62 (inkl. 7 % MwSt.)
ab	25,0	bis	< 40,0	48,27	51,65 (inkl. 7 % MwSt.)
ab	40,0	bis	< 60,0	67,07	71,76 (inkl. 7 % MwSt.)
ab	60,0			103,54	110,78 (inkl. 7 % MwSt.)

- (3) Der Gebührensatz für die Zusatzgebühr nach § 2 Abs. 4 beträgt ab 01.01.2012:

Netto: 1,35 EUR
Brutto: 1,44 EUR (inkl. 7 % USt.)

je Kubikmeter Trinkwasser.

§ 3b
Gebührensätze
(Gebührensätze ab 01.01.2014)

- (1) Der Gebührensatz für die Grundgebühr nach § 2 Absatz 1 beträgt ab 01.01.2014:

Netto: **6,17 EUR**
Brutto: **6,60 EUR (inkl. 7 % USt.)**

pro Wohneinheit und **Monat**.



- (2) Die Gebührensätze für die Grundgebühr nach § 2 Abs. 3 betragen ab 01.01.2014:

Nennleistung der Wassermesseinrichtung				Grundgebühr - Euro/Monat -	
				Netto	Brutto
- Qn in m³/h -					
bis	2,5			6,17	6,60 (inkl. 7 % MwSt.)
ab	5,0	bis	< 10,0	18,93	20,25 (inkl. 7 % MwSt.)
ab	10,0	bis	< 25,0	28,39	30,37 (inkl. 7 % MwSt.)
ab	25,0	bis	< 40,0	59,57	63,73 (inkl. 7 % MwSt.)
ab	40,0	bis	< 60,0	82,76	88,55 (inkl. 7 % MwSt.)
ab	60,0			127,77	136,71 (inkl. 7 % MwSt.)

- (3) Der Gebührensatz für die Zusatzgebühr nach § 2 Abs. 4 beträgt ab 01.01.2014:

Netto: 1,35 EUR
Brutto: 1,44 EUR (inkl. 7 % USt.)

je Kubikmeter Trinkwasser.

§ 4

Entstehung und Beendigung der Gebührenpflicht

- (1) Die Gebührenpflicht entsteht für die Grundgebühr mit dem Tag, an dem das Grundstück an die öffentliche Wasserversorgungseinrichtung angeschlossen wird, für die Zusatzgebühr mit der Inanspruchnahme der öffentlichen Wasserversorgungseinrichtung.
- (2) Die Gebührenpflicht endet mit Ablauf des Monats, in dem der Anschluss des Grundstückes an die öffentliche Wasserversorgungseinrichtung getrennt wurde.

§ 5

Gebührensschuldner

- (1) Gebührensschuldner ist, wer im jeweiligen Erhebungszeitraum (vgl. § 6 Abs. 1) nach den grundsteuerlichen Vorschriften Schuldner der Grundsteuer ist oder sein würde, wenn das Grundstück nicht von der Grundsteuer befreit wäre. In der Regel ist Gebührensschuldner damit der Eigentümer des Grundstückes. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, ist der Erbbauberechtigte Gebührensschuldner. Miteigentümer oder mehrere aus dem gleichen Grund dinglich Berechtigte haften als Gesamtschuldner. Wohnungs- oder Teileigentümer als Mitglieder einer Eigentümergemeinschaft haften als Gesamtschuldner für die auf ihr gemeinschaftliches Grundstück entfallenden Benutzungsgebühren.
- (2) Jeder Wechsel des Gebührensschuldners ist dem ZvWis unverzüglich schriftlich anzuzeigen.



- (3) Bei Wechsel des Gebührenschuldners bleibt die Gebührenschild für bereits erhobene Gebühren bestehen. Die Gebührenschild geht an dem Tag auf den neuen Gebührenschuldner über, an dem dem ZvWis die Rechtsänderung schriftlich nachgewiesen wird. Der Nachweis kann einen späteren Übergangstermin festsetzen.

§ 6

Erhebungszeitraum, Entstehung der Gebührenschild, öffentliche Last, Festsetzung, Fälligkeit und Abschläge

- (1) Der Erhebungszeitraum für die Grund- und Zusatzgebühren beträgt 12 Monate. Die Gebühren werden einmal jährlich erhoben. Die Gebührenschild entsteht mit Erlass und Fälligkeit des Gebührenbescheides.
- (2) Endet die Gebührenpflicht vor Ablauf des Erhebungszeitraumes, entsteht die Gebührenschild mit Ablauf des Monats, in dem dies dem ZvWis schriftlich angezeigt oder anderweitig bekannt wurde. Unterbleibt diese Anzeige und hat der ZvWis keine anderweitige Kenntnis von diesem Umstand, entsteht die Gebührenschild mit dem Ablauf des jeweiligen Erhebungszeitraumes.
- (3) Die Gebühren ruhen als öffentliche Last auf dem Grundstück.
- (4) Die Gebühren werden jeweils nach Ablauf des Erhebungszeitraumes durch schriftlichen Bescheid, der mit einem Bescheid über andere Abgaben verbunden werden kann, festgesetzt. Mit der Festsetzung der Gebühren für den zurückliegenden Erhebungszeitraum werden gleichzeitig für den darauf folgenden Erhebungszeitraum jeweils zweimonatlich zu entrichtende Abschläge festgesetzt. Die Abschläge sind jeweils zum 15.02., 15.04., 15.06., 15.08., 15.10. und 15.12. fällig. Die – jederzeit abänderbare – Festsetzung der Abschläge erfolgt unter Zugrundelegung der Wasserentnahmemenge des zurückliegenden Erhebungszeitraumes oder durch Schätzung. Entsteht die Gebührenpflicht erstmals, kann der ZvWis die Abschläge durch gesonderten Bescheid festsetzen. Dann erfolgt die Festsetzung durch Schätzung anhand von Erfahrungswerten über den Wasserverbrauch von Grundstücken ähnlicher Nutzung und unter Berücksichtigung der Einzelfallumstände.
- (5) Die Verrechnung der erhaltenen Abschläge nach Abs. 4 mit den endgültig entstehenden Gebühren erfolgt in dem auf den Erhebungszeitraum folgenden Jahr; es sei denn, die Gebührenschild entsteht gemäß Abs. 2 Satz 1, dann kann die Verrechnung bereits vor Ablauf des Kalenderjahres erfolgen. Der Betrag, um den die Gebühren die erhaltenen Abschläge nach Abs. 4 übersteigt, wird zwei Wochen nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides in einer Summe fällig. Der Betrag, um den die Gebühren die erhaltenen Abschläge nach Abs. 4 unterschreiten, wird bei Fortbestehen der Gebührenpflicht mit den Abschlägen des auf den Erhebungszeitraum folgenden Kalenderjahres verrechnet. Ein sich nach Entfall der Gebührenpflicht durch Verrechnung ergebender Erstattungsbetrag wird unverzüglich unbar ausgezahlt.
- (6) Die durch den letzten Gebührenbescheid festgesetzten Abschläge sind innerhalb des darauf folgenden Erhebungszeitraumes solange weiter zu zahlen, bis eine Neufestsetzung der Abschläge durch Bescheid erfolgt.



- (7) Der ZvWis ist berechtigt, für den Wasserverbrauch eines Erhebungszeitraums Vorauszahlung zu verlangen, wenn nach den Umständen des Einzelfalles zu besorgen ist, dass der Gebührensschuldner seinen Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht rechtzeitig nachkommt. Die Vorauszahlung bemisst sich nach dem Verbrauch des vorhergehenden Erhebungszeitraumes oder dem durchschnittlichen Verbrauch vergleichbarer Gebührensschuldner. Die Vorauszahlung ist im Rahmen des nächsten Gebührenbescheides zu verrechnen.

§ 7

Gebühren und Kostenerstattung für sonstige Leistungen

- (1) Für die Überlassung eines Standrohres mit Wassermesseinrichtung erhebt der ZvWis einen Sicherheitsbetrag von netto 150,00 EUR, brutto 178,50 EUR (inkl. 19 % USt.). Für eine Wassermesseinrichtung für Oberflurhydranten erhebt der ZvWis einen Sicherheitsbetrag von netto 75,00 EUR, brutto 89,25 EUR (inkl. 19 % USt.). Für die Zurverfügungstellung eines Standrohres mit Wassermesseinrichtung bzw. einer Wassermesseinrichtung für Oberflurhydranten schuldet der Nutzer eine Kostenerstattung wie folgt:
- für vorübergehende Zwecke netto 1,00 EUR, brutto 1,19 EUR (inkl. 19 % USt.) für jeden angefangenen Tag,
 - für dauernde Verwendung netto 250,00 EUR/Jahr, brutto 297,50 EUR/Jahr (inkl. 19 % USt.).

Neben dieser Kostenerstattung ist für die mit dem Wasserzähler gemessene Wasserentnahmemenge die in § 3 Abs. 3 festgesetzte Zusatzgebühr zu entrichten.

- (2) Bei einem vorübergehenden Wasserverbrauch, der nicht über einen vom ZvWis genehmigten Grundstücksanschluss erfolgt, wird eine Grundgebühr nach Maßgabe des § 3 Abs. 2 für jeden angebrochenen Kalendermonat der vorübergehenden Nutzung erhoben. Daneben sind etwaige Ein- und Ausbaukosten dieses vorübergehenden Wasseranschlusses nach tatsächlich angefallenem Aufwand zu erstatten.

§ 8

Anzeige- und Auskunftspflichten

- (1) Die Gebührensschuldner haben dem ZvWis alle für die Festsetzung und für die Erhebung von Gebühren nach dieser Satzung erforderlichen Auskünfte zu erteilen und zu dulden, dass Bedienstete oder Beauftragte des ZvWis das Grundstück betreten, um die Bemessungsgrundlagen festzustellen oder zu überprüfen.
- (2) Alle Umstände, die sich auf die Verpflichtung zur Leistung von Gebühren nach dieser Satzung auswirken können, sind dem ZvWis unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Dies gilt insbesondere für den Wechsel der Rechtsverhältnisse an einem Grundstück. Mitteilungspflichtig sind der Veräußerer und auch der Erwerber des Grundstückes oder Rechtes an einem Grundstück.



§ 9

Straf- und Bußgeldvorschriften

- (1) Bezüglich der Straf- und Bußgeldvorschriften wird auf §§ 16 und 17 KAG M-V verwiesen.
- (2) Ordnungswidrig nach § 5 Abs. 3 KV M-V sowie § 17 Abs. 2 Nr. 2 KAG M-V handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig entgegen
 - § 8 Abs. 1 dieser Satzung seinen Auskunfts- oder Mitteilungspflichten nicht, nicht rechtzeitig oder nicht im erforderlichen Umfang nachkommt,
 - § 8 Abs. 2 dieser Satzung die Anzeige einer Änderung der Rechtsverhältnisse unterlässt und es dadurch ermöglicht, Abgaben nach dieser Satzung zu verkürzen oder nicht gerechtfertigte Abgabenvorteile zu erlangen.
- (3) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis 5.000,00 EUR geahndet werden.

§ 10

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt rückwirkend zum 01.01.2011 in Kraft.

Lübow, den 22.02.2017

Glanert
Verbandsvorsteherin

Dienstsiegel

Soweit beim Erlass dieser Satzung gegen Verfahrens- und Formvorschriften, die sich aus der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern ergeben oder die aufgrund dieser erlassen worden sind, verstoßen wurde, können diese gemäß § 5 Abs. 5 KV M-V nach Ablauf eines Jahres seit dieser öffentlichen Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden. Diese Folge tritt nicht ein, wenn der Verstoß innerhalb der Jahresfrist schriftlich unter Bezeichnung der verletzten Vorschrift und der Tatsache, aus der sich der Verstoß ergibt, gegenüber dem Zweckverband Wismar geltend gemacht wird. Eine Verletzung von Anzeige-, Genehmigungs- oder Bekanntmachungsvorschriften kann stets geltend gemacht werden.

Lübow, den 22.02.2017

Glanert
Verbandsvorsteherin

Dienstsiegel

Die 7. Änderungssatzung der Gebührensatzung Wasser wurde auf der Internetseite des Zweckverbandes Wismar mit der Internetadresse **www.zvwis.de** unter der Rubrik „Bekanntmachung“ am 28.02.2017 veröffentlicht.